

„McWar“: US-Imperium made by BU\$H

von Edgar Göll

Dr. Edgar Göll, arbeitet am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) gGmbH und lebt in Berlin

Bundeskanzler Schröder hat mit seiner deutlichen Absage im Sommer 2002 an einen kriegerischen Überfall zwecks Entwaffnung des Irak eine besondere welthistorische Konstellation ermöglicht. Als Reaktion auf säbelrasselnde US-Regierungsmitglieder hat er einen ersten spürbaren Stein in die US-Kriegsmaschinerie geworfen. Seither wuchs die Ahnung zur Gewissheit, dass die Obsession der Bush-Administration gegen den Irak weder Menschenrechten, Demokratie, der Einhaltung von UN-Resolutionen (die USA und Israel haben unzählige UN-Resolutionen ignoriert bzw. ihnen zuwidergehandelt) noch der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen gilt. Zum ersten Mal während der Pax Americana wird ein machtpolitisches Verbrechen des Imperiums vor seiner Durchführung kritisiert, diskreditiert und behindert - und dies in einem weltweiten Konsens und sogar von einigen der größten und engsten Verbündeten.

Unilateralismus pur

Die Rücksichtslosigkeit und Unerbittlichkeit, mit der Bush & Co. einen militärischen Überfall und Einmarsch vorantreiben, hat wohl viele „Freunde und Partner“ überrascht und entsetzt, lässt aber ahnen, dass es dabei um Entscheidendes geht, wie selbst die FAZ titelte: „Es geht in Wahrheit um Amerikas Macht in der Welt. Deswegen wird der Streit mit solcher Intensität ausgetragen.“ (Titelseite vom 10.3.2003) Mit Amtsantritt von Bush-Junior kamen wichtige

neokonservative US-Globalstrategen und Energieplaner an die Schalthebel der politischen Macht. Seither betreibt die US-Administration einen extremen Unilateralismus, Arroganz und Ignoranz erleben eine neue Blüte, die nationale Überheblichkeit ist nach dem Zerfall des Realsozialismus und dem Verschwinden einer Gegenmacht weiter angestiegen, und die Geringschätzung von Völkerrecht, fairem Interessenausgleich und multilateraler Politik ist auf beängstigender Tiefe gesunken: in den USA haben die UN ungefähr das Ansehen eines Schülerparlaments.

Mit ihrer simplen und von PR-Experten ausgeklügelten Propaganda, sekundiert von einem beträchtlichen und wirkungsmächtigen Teil der angloamerikanischen Massenmedien (z.B. der Murdoch-Gruppe) und deren Hassorgien erreichen Bush & Co. eine uninformierte, auf Emotionen und Klischees ansprechende Konsumbevölkerung. Im Zuge des „moral bombing“ und des propagandistischen Trommelfeuers werden Fakten verdreht.

Die von Bush mit religiösem Fanatismus verfolgte ultranationalistische Ideologie basiert auf Konzepten von Irving Kristol u.a. christlichen Fundamentalisten und ist vor allem im „Project for The New American Century“ (PNAC) vorbereitet worden. Deren Fokus liegt auf der Kontrolle des gesamten eurasischen Kontinents. Mit Bezug auf Irak war in deren Studie von 1998 bereits zu lesen: „Der ungelöste Konflikt mit dem Irak liefert zwar die unmittelbare Begründung dafür, die Präsenz einer substanziellen amerikanischen Streitmacht am Golf, ist aber ganz unabhängig von der Frage des Saddam-Husein-Regimes nötig.“ (Spiegel online, 4.3.2003, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,238643,00.html)

Beute- und Kreuzzug - Ursachen und Motive

Die Region um den Irak ist von zentraler strategischer Bedeutung, denn von dort lassen sich immense Teile der Erdölproduktion und der riesigen Reserven auf diesem Planeten kontrollieren. Und von diesem Energieträger sind sowohl die Staaten des alten wie des neuen Europa und Japans, insbesondere aber die sich schnell industrialisierenden Staaten Asiens (China!) hochgradig abhängig! Auch der Nahostkonflikt kann von Irak aus direkter im Sinne von Israels Hardlinern beeinflusst werden. Eine dauerhafte militärische Präsenz in der Region kann hingegen via Saudi-Arabien oder andere islamische Oligarchien nicht gewährleistet werden.

Die exorbitanten US-Militärkapazitäten müssen „legitimiert“ werden. Irak dient als reales Testgelände für neue Waffensysteme und als öffentlichkeitswirksame Verkaufs-Show.

Die innenpolitische Lage der USA ist durch verdrängte Probleme gekennzeichnet, durch exorbitante Skandale (Enron u.a.), durch Milliardenverluste, und statt visionärer Auswege wird traditionelle Politik betrieben. Wie so manche Präsidenten zuvor verfiel Bush aufgrund der innenpolitischen Komplexität und seiner Inkompetenz dem Reiz, außenpolitisch Akzente zu setzen. Die "Wahl" Bushs zeigte, dass die USA zutiefst gespalten sind und dass die Neokonservativen mit rücksichtsloser Härte ihre Politik durchzusetzen bereit sind – wie andere Rechtspopulisten auch (Berlusconi, Haider usw.). Und seit den unsäglichen Terroranschlägen vom 11.9.2001 wird von Konservativen innerhalb und außerhalb des Staatsapparates eine Dauermobilisierung der Bevölkerung betrieben und ein simples Freund-Feind-Schema á la Hollywood kreiert. Der nach außen gerichtete Aktivismus

ermöglicht die nostalgische Zuflucht zu „national greatness“ und Einzigartigkeit, einem Wiedererwachen der weltweiten „Erlöser-Mission“.

Innenpolitisch könnte sich etwas abzeichnen, was vor einer Generation der US-Sozialwissenschaftler Bertram M. Gross als „Friendly Fascism“ herausgearbeitet hat: eine neue Art des Totalitarismus. Ähnliche Anklänge lassen sich u.a. bei Barber oder auch bei dem US-Sozialphilosophen Richard Rorty finden. Unter dem Titel "The American road to fascism" analysierte er 1998 negative Tendenzen in den USA und sagte voraus, dass ein "starker Mann" an die Macht kommen könne: "He will invoke the glorious memory of the Gulf war to provoke military adventures that will generate short-term prosperity. He will be a desaster for the country and the world. People will wonder why there was so little resistance to his rise." (New Statesman, 8. Mai 1998, S.29)

Bushs Amerika hat sich mit der neuen Weltlage noch nicht arrangiert, sondern sich bei globalen Fragen (Kyoto-Protokoll, Internationaler Strafgerichtshof, Rüstungskontrolle usw.) immer mehr in eine unilateralistische Verweigerungshaltung hineinmanövriert. Und mit dieser Kriegführung erfolgt eine Art Befreiungsschlag: die von den USA beherrschte militärische Logik soll in der internationalen Politik wieder hergestellt werden. Der American Way of Life – so Bush – dürfe durch drohende sozial-ökologische Zukunftspolitik nicht gefährdet werden (dabei geht die Gefährdung genau von dieser Lebensweise und ihrer Ausbreitung aus!). Und in Zeiten einer erstarkenden EU mit ihrem an Einfluss gewinnenden Euro kann durch die Kriegslogik eine starke US-Kontrolle geschaffen werden.

Im Hintergrund: ungelöste Strukturkrise

Unter dieser vielgestaltigen Interessen- und Motivstruktur liegt ein fundamentaler Zusammenhang verborgen, auf den Wolfgang Fritz Haug kürzlich hinwies: die strukturelle Krise des fordistischen „Kapitalismus“. Dass es um die Kontrolle des wichtigsten Energieträgers geht - Erdöl, haben viel Experten (u.a. Franz Alt) nachgewiesen. Auf Ölbaut der industrielle Kapitalismus, unsere verschwenderische und naturzerstörende Produktionsweise, auf - vor allem in den USA. Die Situation, dass 4% der Weltbevölkerung 25% der Ressourcen verbrauchen, ist nicht mehr lange zu verteidigen. Und Bush hat verlautbart, dass sich sein Land trotz Klimawandel und anderen Problemen für unsere Zivilisation und die Natur ihren „American way of life“ nicht nehmen lassen werden. Wie häufig in der Geschichte von Systemkrisen werden keine progressiven Reformen oder gar Revolutionen, sondern eine Art „passive Revolution“ (Gramsci) exekutiert, werden passende Nebenkriegsschauplätze organisiert, um das Stellen der Machtfrage zu vermeiden.

Zum Funktionieren dieser Machterhaltungsstrategie spielt Angst und deren Benutzung eine große Rolle. Immer mehr Bürger werden verunsichert von den sich beschleunigenden Veränderungen, die ihrer Kontrolle entzogen sind, soziale Unsicherheit breitet sich aus, Konkurrenzkampf eskaliert. Und diese im Alltag des Systems verwurzelte Angst wird von einigen (meist konservativen, sich „christlich“ nennenden!) Politikern benutzt, um mit Ersatz-Zielen von den eigentlichen Ursachen abzulenken. Ein Bösewicht wie Saddam Hussein passt da sehr gut ins Konzept. Und in einer „Culture of Fear“ (so der Titel des hervorragenden Buches von Barry Glassner), können Ängste besonders leicht ausgenutzt werden (wie auch

Michael Moore in seinem Film und Buch zeigt).

Opposition in den USA: zwischen Ohnmacht und Empörung

Der imperiale Kurs von Bush fand innerhalb der USA erst spät nennenswerte Gegenwehr. Die kolossale Schwäche der Liberalen und Linken in den USA machte den Durchmarsch der Neokonservativen um Bush erst möglich. Zu den historischen, strukturellen und ideologischen Schwächen der US-Linken kamen noch der Schock der Machtübertragung auf den rechtskonservativen Texaner Bush nach der ominösen Wahl von 1999 und schließlich der Schock des 11. September, gegen dessen patriotischen Schub kaum etwas entgegen zu setzen war.

Dennoch melden sich immer wieder klare kritische Stimmen gegen die reaktionäre Zuspitzung, vor allem Intellektuelle wie Susan Sontag oder Noam Chomsky, die aber im Mainstream keine Chance haben. Abstinent waren vor allem die Demokraten, die erst in den letzten Wochen begannen, deutliche Kritik an Bush zu üben. Aufgrund der langen Kriegsvorbereitungen haben sich inzwischen auch weitere Intellektuelle, Film- und Pop-Stars, Wissenschaftler, Kirchenvertreter, Gewerkschaften in einer wachsenden Friedensbewegung gefunden. Selbst der konservative Schriftsteller Mario Vargas Llosa, ansonsten immer mit den Mächtigen in Washington im Gleichschritt, kritisiert nun Bush sehr deutlich, wenn auch pathetisch: „Wer gegen den Irak-Krieg ist, kämpft nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern verteidigt die Prinzipien der Freiheit und Legalität, die aus dem Land Lincolns und Martin Luther Kings die stärkste und blühendste Demokratie der Welt gemacht haben.“ (FAZ 3.3.2003, S.40)

Doch dieses "andere Amerika" ist aufgrund der in den USA geradezu perfektionierten Unterdrückungs- und Eindämmungsfähigkeiten gegenüber Linken nur unten bestimmten historischen Bedingungen wirkungsvoll. Die unübertroffene Fähigkeit zur Minimierung ernsthafter politischer Opposition ist ein zentraler Charakterzug des politischen Systems und der politischen Kultur in "God's own country". Die im Laufe der Geschichte und auch nach 1945 angewandten Strategien umfassten neben legalen Mitteln häufig auch kriminelle und terroristische Methoden (McCarthy-Ära, FBI-Aktionen gegen Linke etc.), hierzu gehören auch rechtliche Strukturen (z.B. Arbeitsrecht, Wahlrecht), die patriotische und infantile Ausrichtung in den Medien. Im Zuge der imperialen Strategie Bushs werden diese Selektionsmechanismen nun auch international intensiv eingesetzt.

„Piraten-Diplomatie“ - Das außenpolitische Manipulations-Arsenal

In der Außenpolitik hat Bush ebenfalls einen unilateralen, rücksichtslosen Kurs eingeschlagen. Mit einer Art von „Piraten-Diplomatie“ (John Pilcher) hatten die USA bereits im Umfeld ihres ersten Irak-Krieges ihren Willen im UN-Sicherheitsrat durchzusetzen versucht. Die Radikalität des Einsatzes von „Carrots and Sticks“ ist allerdings ohne historische Präzedenz. Der linksliberale Think-tank Institute for Policy Studies veröffentlichte kürzlich eine Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass es sich nicht etwa um eine „Coalition of the willing“ handelt, die Bush zusammenbrachte, sondern um eine „Coalition of the Coerced“ - also eine Koalition der durch Druck, Tyrannisieren und Bestechung dazu Manipulierten handelt (www.ips-dc.org).

Die Unterlagen, die US-Außenminister Powell dem UN-

Sicherheitsrat mit viel Brimborium präsentierte, sind lächerlich und würden in keinem Amtsgericht für eine Verurteilung hinreichen. Sie beweisen lediglich, dass die USA trotz riesigem Militär- und Geheimdienstapparat anscheinend über keine wirklich überzeugenden Beweise gegen Irak verfügen.

Sonnenuntergang für das neue Imperium?

Aufgrund der extremen Übermacht, aber auch wegen der sukzessiven Abrüstung des Irak und der militärisch relevanten UN-Inspektionsberichte haben die US-Krieger vermutlich ein leichtes Zerstörungsspiel gegen dieses verteidigungsunfähige Land. Friedhofsruhe dürfte aber ähnlich schwer herzustellen sein wie in Afghanistan, sowohl in Bagdad wie in den Provinzen – ganz abgesehen von Terroranschlägen gegen westliche Ziele allüberall.

Bush & Co. werden diese Auseinandersetzung unabhängig vom Resultat als Sieg ihrer Stärke deklarieren; vor allem, wenn ein militärisch schneller „Sieg“ mit möglichst keinen eigenen und wenigen zivilen Opfern erreicht werden würde. Dadurch würde das globalstrategische Kräfteverhältnis sehr zugunsten der USA verschoben. Einem erfolgreichen Bush würden einige beleidigte Freunde verzeihen und er würde weiterhin fallweise "coalitions of the willing" zusammenbasteln. Sollte sich kein schneller öffentlicher "Sieg" ergeben, würde er hingegen kein Fell zu verteilen haben. Er hätte damit die imperiale Strömung in der US-Politik auf die Spitze und zugleich über die Klippe getrieben: zu hoch gepokert!

Auch innenpolitisch hängt Vieles von Dauer, Verlauf und Ergebnis des Krieges ab: ob Bush Chancen für eine Wiederwahl hat, ob die Demokraten 2004 einen Regierungswechsel herbeiführen können, ob die Linke sich endlich stärker vernetzt, ob die UN geschwächt oder gestärkt - und die USA

global diskreditiert oder als Helden gefeiert werden.

Die unmittelbaren Kosten eines Krieges werden für die USA auf über 100 Mrd. US\$ geschätzt, bereits der US-Truppenaufmarsch kostet 25 Mrd. US\$. Die Bush-Administration hat einen Auftrag für den Aufbau des Irak nach einem Krieg vorbereitet. Der Umfang beträgt ca. 900 Mio US\$ (zwar das größte derartige Programm seit dem Wiederaufbau der BRD und Japans, aber weit unter 1 Prozent der direkten Kriegskosten!) und konkrete Anfragen gingen laut Wall Street Journal an mindestens fünf US-Baukonzerne.

Dieser Präventivkrieg ist der erste "Krieg des 21. Jahrhunderts" und könnte aufgrund seiner überdeutlichen Verletzung rechtlicher, demokratischer und humaner Prinzipien der letzte gewesen sein. Doch andererseits steht ohne effektiven Widerstand und systematische Delegitimierung des selbstherrlichen Vorgehens der Bush-Administration durchaus zu befürchten, dass Irak nicht der letzte Staat der „Achse des Bösen“ wäre, der vom US-Militärapparat angegriffen werden würde. Zudem zeichnet sich schon jetzt ab, dass eine neue Aufrüstungsrunde begonnen hat.

Mittelfristig jedoch ist zu vermuten, dass sich aufgrund des Ausmaßes der von Bush betriebenen Manipulationen und seiner imperialen Politik die US-Regierung weg von einer hegemonialen hin zu einer einfachen herrschaftssichernden Supermacht bewegt. Tariq Ali hat kürzlich auf diesbezügliche Erkenntnisse von Antonio Gramsci verwiesen: „Die 'normale' Ausübung der Hegemonie ist charakterisiert durch eine Kombination von Macht und Konsens, in variablen Gleichgewichten, ohne dass Macht zu sehr über Konsens dominiert.“ Es gebe aber Situationen, in denen der

Rückgriff auf eine dritte Variante von Hegemonie erfolge, denn „zwischen Konsens und Macht steht Korruption und Bestechung, welches die Schwächung und Paralisierung des Antagonisten oder der Antagonisten“ bedeutet. Derartige historische Situationen bedeuten aufgrund seiner Schwäche zur Erzeugung von Konsens eine strukturelle Niederlage eines Hegemons. Und die Isoliertheit von Bushs Politik könnte belegen, dass nun tatsächlich das vorliegt, was der US-Historiker Paul Kennedy als „imperial overstretch“ bezeichnete: dass sich die Supermacht USA "übernommen" hat und Bush der letzte Cowboy war, der dem Sonnenuntergang entgegenreitet.

Die Perspektive der Unwilligen: UN, EU, Linke

Die Perspektiven der künftigen internationalen Politik hängen sehr davon ab, wie die jetzige Situation, ihre Ursachen und ihre Entwicklung interpretiert werden wird. Bush & Co. werden die Sachverhalte verdrehen. Hingegen kommt es darauf an, das Verbrechen beim Namen zu nennen: die Bush-Regierung hat gegen UN-Charta, zahlreiche Prinzipien des Völkerrechts und des NATO-Vertrags verstoßen, dem noch niemals zuvor so klar artikulierten Willen der Völker zuwidergehandelt.

Als Verfahrensschritt schlägt das Center for Constitutional Rights vor, einen Angriff der USA gegen den Irak dadurch zu stören oder zu beenden, indem die Generalversammlung der UN einberufen wird, um über diese Problematik abzustimmen (www.ccr-ny.org). Dieses als „Uniting for Peace“ bezeichnete Verfahren war bereits während der Suez-Krise angewandt worden - damals von der US-Regierung, und war erfolgreich!

Die UN und andere Organisationen, so steht zu befürchten, werden von Bush als Aufräumkommando missbraucht werden. Seinen Kampf gegen den Terrorismus aber hat er

überzogen und aufgrund seiner eigenen teilweise terroristischen Mittel diskreditiert. Demgegenüber konnten Frankreich und Deutschland ein alternatives Profil aufbauen, und zahlreiche Menschen, selbst in den USA, begrüßen dies. Bis zum Abgang von Bush in knapp zwei Jahren wird wohl nicht viel Konstruktives geschehen können, aber schon jetzt müssten Perspektiven konzipiert und relevante Akteure beiderseits des Nordatlantik kooperieren.

Mehr als je zuvor steht die Stärkung der Politikfähigkeit der EU auf der Tagesordnung. Vor allem aber gilt es, zukunftsfähige Koalitionen mit Staaten und Akteuren des Südens zu verstärken und damit notfalls – wie bereits in einigen Politikbereichen – eine Politik auch ohne bzw. gegen die imperialen USA zu realisieren.

In Bezug auf die Bundesrepublik ist nun deutlich hervorgetreten, was sich bereits abzeichnete: der deutsche Michel hat für die USA als Prellbock gegen unliebsame Systeme seine Schuldigkeit getan. Im Zuge der Ost-Erweiterung der NATO werden wohl Militärstützpunkte u.a. in Bulgarien entstehen; aber die Krisenherde der Zukunft liegen außerhalb Europas. Daher betreiben die BU\$H-Krieger gegenüber der EU offen wie nie zuvor die altbewährte römische Taktik des „teile und herrsche“.

Was die Entstehung dieser Situation zum wiederholten Male beweist ist die dringende Notwendigkeit zur Stärkung der transatlantischen Kooperation linker und progressiver Kräfte. Einige der zahlreichen vereinzelt Kontakte z.B. der Parteien, Stiftungen, Gewerkschaften und NGOs müssten zu einer Art zivilgesellschaftlichem Parlament oder Runden Tisch gebündelt werden. Denn Konflikte mit Bush & Co. (oder wie sie heißen mögen) wird es weiterhin geben. Und die progressiven Akteure beiderseits des Atlantik haben mit ähnlichen destruktiven und

nicht-zukunftsfähigen Strukturen zu kämpfen.

Und schließlich: zum sozial-ökologischen Umbau in der EU und zur Umsteuerung auf eine wirklich nachhaltige Produktions- und Lebensweise, die es schrittweise zu erreichen gilt, gibt es keine Alternative. In der Geschichte der Klassenkämpfe und Zivilisationsentwicklung wird Bushs imperiales Agieren eine – wenn auch destruktive – Phase darstellen, die überwindbar ist. Die nie da gewesenen weltweiten Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen könnten in diesem Sinne als Weiterentwicklung der Aktivitäten gegen die neoliberale Globalisierung fungieren. Und da imperialistische Phasen immer ein enormes Destruktionspotenzial mit sich bringen und nicht von alleine beendet werden, gilt es, genau die Gegenmacht gegen imperiale Akteure und Strukturen voranzutreiben – hier liegt das Potenzial linker Analysen, Deutungen und daraus zu entwickelnder und umzusetzender Strategien. Insofern hat es uns Bush sehr leicht gemacht! Und tatsächlich lesen und hören wir allerorten selbst aus bürgerlichen Medien linke, kritische Erklärungsmuster! Wenn dies aktuell auch angesichts der losgelassenen Militärmaschinerie und der Zerstörungen zu gering erscheint: eine realistische Alternative muss in dieser Richtung geschaffen und wirkungsmächtig gemacht werden – an möglichst vielen Orten. Die Zeit ist reif.